

Politische Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **33 (1953-1954)**

Heft 3

PDF erstellt am: **20.06.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Zur Lage

Die Beratungen der Kommission des Ständerates für die *Neuordnung der Bundesfinanzen* haben in einigen Punkten zu Beschlüssen geführt, welche für die Behandlung der Vorlage durch das Plenum des Ständerates, welche in der Juni-Session erfolgt, einige erfreuliche Voraussetzungen schufen. So wurde vom Bundesrat ein Ergänzungsbericht verlangt über Sparmaßnahmen, und zwar insbesondere im Bereiche der Subventionen. Nun wird man zwar von der Reaktion des Bundesrates nicht zu viel erwarten können, nachdem der sozialistische Chef des Finanzdepartementes die Zügel in dem Bereich der Bundesfinanzen nach wie vor straff in der Hand hält. Aber der Beschluß der Kommission ist deswegen wichtig, weil er den Willen erkennen läßt, mit den Sparmaßnahmen ernst zu machen. Man darf hier den Wunsch aussprechen, daß dieser Wille auch anhalten, bzw. sich gegen die sicheren Widerstände von den interessierten Seiten durchsetzen möge. Dieselbe Einstellung hat die Kommission vertreten mit Bezug auf die Ausgabenbremse. Hier wurde die erhebliche Abschwächung, welche der Nationalrat an den Bestimmungen des Entwurfes auf den Antrag Reichling hin vorgenommen hatte, abgelehnt und die ursprüngliche Form wieder hergestellt, und zwar unter Einbezug der Budgetbeschlüsse. So kann man denn den Beratungen des Ständerates mit einigen Hoffnungen entgegensehen.

Inzwischen hat auch die Schweizerische Handelskammer erneut zur Vorlage über die Neuordnung der Bundesfinanzen Stellung bezogen. Die Handelskammer vermißt in der Vorlage des Bundesrates jede wirkliche Sparanstrengung, und man sieht, wie sie in dieser Richtung mit der Kommission des Ständerates in der Grundlinie einig geht. Auch in dieser Stellungnahme wird natürlicherweise der nationalrätliche Beschluß über die Gestaltung der Bestimmungen betreffend die Ausgabenbremse scharf zurückgewiesen und am Ende erklärt, die Handelskammer könne einer so verschlechterten Vorlage nicht zustimmen. Man will hier für die Zukunft offensichtlich weitgehend auf die Beschlüsse abstellen, welche von den Beratungen des Ständerates in der Juni-Session ausgehen werden.

Wir möchten nicht unterlassen, in diesem Zusammenhang auch hinzuweisen auf die Publikation von Dr. Alfred Schaefer und anderer Autoren über die verfassungsmäßige Neuordnung des Bundeshaushaltes*). Die gesamten in diesen Bereich fallenden Probleme werden in der erwähnten Schrift geprüft, und die Lösungen, welche die Schrift vorschlägt, sind geeignet, den Weg zu einer wirklichen Reform der Bundesfinanzen zu weisen.

Der Bundesrat hat unlängst erneut einer *Erhöhung des Milchpreises* zugestimmt, und zwar um einen Rappen, während die Bauernschaft zwei Rappen ver-

*) Schaefer, Dr. Alfred u. a.: Die verfassungsmäßige Neuordnung des Bundeshaushaltes. Probleme und Postulate. Herausgegeben von der privaten Studien-gruppe für die Bundesfinanzreform (Kommission Dr. A. Schaefer). Zürich, 1953.

langt hatte. Die Reduktion gegenüber der ursprünglichen Forderung ist zu einem gewissen Teil auf die Haltung der Konsultativen Kommission für die Landwirtschaft zurückzuführen. Nun hatte die Kommission freilich verlangt, daß der Bundesrat eine Erhöhung des Milchpreises mit der Forderung verbinde, es müßten weitere Maßnahmen zur Qualitätsförderung der Milch ergriffen werden. Der Bundesrat ist vorläufig auf dieses Verlangen nicht eingetreten, es wird sich aber nach einem halben Jahr, wenn die Befristung des Beschlusses abläuft, dieses Problem zweifellos erneut stellen und eine positive Antwort verlangen. Würde diese auch dann wieder umgangen, so müßte man annehmen, daß sich eine erhebliche Opposition aus den Kreisen der Konsumentenschaft erheben wird. Es ist übrigens nach dem Beschluß des Bundesrates von einer bestimmten Gruppe bereits ein Appell zu einem Milchstreik von einer Woche ergangen. Dabei dürfte es sich allem Anschein nach um einen Versuchsballon gehandelt haben. Die Auswirkungen des Aufrufes haben sich nicht besonders bemerkbar gemacht. Immerhin muß die Bewegung, wenn sie auch vorläufig wenig bedeutend ist, im Sinne eines Warnungszeichens bewertet werden. Es ist anzunehmen, daß man von dieser Sache in Zukunft mehr hören wird.

Nicht unbeachtet konnten die *Wahlen* bleiben, welche im April für die Erneuerung des Großen Rates des *Kantons Neuenburg* stattfanden. Diese Wahlen ließen einen beträchtlichen Ruck nach links erkennen, indem die Sozialisten 8 Sitze gewannen (von 34 Sitzen auf 42) und die PdA ihren Besitzstand verdoppeln konnte, indem die Gruppe von bisher 3 Sitzen auf nunmehr 6 Sitze kommt. Bemerkenswert ist dabei, daß die entsprechenden Verluste vorwiegend auf dem rechten Flügel des Bürgertums eingetreten sind, während beispielsweise die Radikalen nur von 33 auf 31 Sitze zurückgingen. Man wird das Ergebnis dieser Wahlen im Auge behalten.

* * *

Die Bewegung, welche in den letzten Wochen im Zusammenhang mit dem *Krieg in Indochina* erneut entstanden ist, gibt Veranlassung, auf den Bericht hinzuweisen, welchen die parlamentarische Untersuchungskommission, die dorthin entsandt worden war, der französischen Regierung erstattet hat. Der Bericht kommt zu einer Verurteilung aller bisher für die politische und militärische Führung des Kampfes in Indochina verantwortlichen Persönlichkeiten. Es wird darin festgestellt, der Krieg hätte längst durch einen Kompromiß mit den Rebellen des Vietminh beendet werden können, wenn nicht gewisse Kreise an seiner Weiterführung großes Interesse hätten. Nach den Ausführungen des Berichtes ist offenbar an den Heereslieferungen nach Indochina nicht wenig verdient worden. Außerdem macht der Bericht auch die bisherigen französischen Regierungen verantwortlich, welche ein politisches Interesse an der Weiterführung dieses Krieges gezeigt hätten. Man habe sich nämlich damit in den Vereinigten Staaten laufend als Verteidiger der Freiheit gegen den Kommunismus empfehlen können, was insbesondere seit dem Regimewechsel in Washington von Nutzen gewesen sei, der ja eine wesentlich wichtigere Beurteilung der Geschehnisse im Fernen Osten gebracht habe. So habe man sich eine weitere Finanzhilfe in großem Ausmaß gesichert. Führende Kräfte, so fährt der Bericht fort, hätten es immer wieder verhindert, daß starke einheimische Persönlichkeiten an die Spitze der Regierungen von Vietnam und der beiden Staaten Laos und Kambodscha traten, weil man befürchtete, daß sie ver-

suchen würden, den Krieg mit den Rebellen des Vietminh durch Verhandlungen zu beenden. Auch erinnert der Bericht daran, daß der Rebellenführer Ho Chi-minh noch im Jahre 1946 als Haupt der ersten Regierung des Vietnam von Frankreich anerkannt war und daß nicht er den Bruch vollzogen hat, sondern eben diese französischen Kreise. Allerdings habe Ho Chi-minh stets die Unabhängigkeit des Vietnam, wenn auch in Zusammenarbeit mit Frankreich, vertreten. Daß die Angaben des Berichtes wohl in wesentlichen Punkten zutreffen, ist inzwischen dadurch bewiesen worden, daß sich die französische Regierung veranlaßt sah, wenigstens in einem Bezirk Ordnung zu machen, indem sie den Kurs des indochinesischen Piasters beträchtlich herabsetzte. Damit sind offensichtlich auf einem Felde weitgehende illegale Verdienstmöglichkeiten abgeschnitten worden. Man wird im übrigen gespannt sein, was in diesem anscheinend recht subtilen Bereiche weiter geschieht.

In verschiedenen Blättern ist am 10. Mai dem Umstand gedacht worden, daß an diesem Tage der frühere Außenminister der Weimarer Republik, *Gustav Stresemann*, 75 Jahre alt geworden wäre. Gustav Stresemann ist vor allem bekannt geworden durch den Pakt von Locarno, den er im Jahre 1925 zusammen mit dem damaligen Reichskanzler Dr. Luther mit England, Frankreich und Italien abschloß. Mit diesem denkwürdigen Vertrag erreichte Stresemann die vorzeitige Räumung der letzten noch durch die Franzosen vom ersten Weltkrieg her besetzten Zone in Westdeutschland. Als weitere Folge des Vertrages ist der spätere Eintritt Deutschlands in den Völkerbund zu betrachten. Die erweiterten Friedensbestrebungen des Staatsmannes konnten sich freilich nicht erfüllen. So trug die denkwürdige Aussprache, welche Stresemann kurz nach Abschluß des Locarnopaktes in Thoiry mit dem französischen Außenminister Aristide Briand führte, und welche eine weitgespannte Befriedung des europäischen Westens zum Ziele hatte, keine dauernden Früchte. Einmal war hiezu die Stimmung in Frankreich noch nicht reif, und man mißtraute dort den deutschen Absichten. Das tragische Verhängnis bestand aber darin, daß Gustav Stresemann in seinem eigenen Lande eine sehr scharfe Opposition erwuchs, die mit der Zeit in eine regelrechte Feindschaft ausartete und welche die französischen Befürchtungen zu bestätigen schien, zumal sie von der rechten Seite kam. So waren es vor allem die Kreise der Deutschnationalen Volkspartei, bzw. deren rechter Flügel, welche durch die von Alfred Hugenberg kontrollierte Presse, wo sich vor allem der «Berliner Lokalanzeiger» mit seiner Millionenaufgabe hervortat, immer schärfere Angriffe gegen den Außenminister richteten, die am Ende seine Widerstandskraft und seine Gesundheit untergruben. Nach einem wahrhaft heroischen Kampf, den er für eine dem Frieden dienende Führung der deutschen Politik gekämpft hatte, erlag der Staatsmann seiner schweren Krankheit in der Frühe des 3. Oktober 1929. Bekanntlich haben jene Kreise, die in ihrem kurzsichtigen Nationalismus das kaum begonnene Werk des demokratischen Staatsmannes zusammenrissen, ihren Triumph nicht lange überlebt. Sie sind in Wahrheit nichts anderes als die Wegbereiter des Nationalsozialismus gewesen, und mit dem 13. Januar 1933 war auch ihr Schicksal besiegelt. So ist jener große Versuch, den Frieden in Westeuropa aufzurichten, gescheitert. Die Frage stellt sich, ob der Versuch unserer Tage, der Versuch des Bundeskanzlers Adenauer, zu einem besseren Ergebnis führen wird.

Es ist wie eine Parallele von großem geschichtlichem Ausmaß, wenn Churchill in seiner großen Rede vom 11. Mai dieses Jahres mit dem Gedanken eines Ost-Locarnos hervortrat, den er so formulierte:

«Ich denke an den Locarno-Vertrag von 1925. Er stellte den maximalen Punkt dar, den wir zwischen den Kriegen erreichten. Die politische Lage von heute, ihre Größenmaßstäbe und ihre Faktoren sind sehr verschieden von damals, und dennoch habe ich das Gefühl, daß der Grundgedanke, der Locarno schuf, wohl auch seine Rolle zwischen Deutschland und Rußland spielen könnte, in den Überlegungen jener, deren vordringlichstes Bestreben es ist, den Frieden in Europa zu konsolidieren als Schlüssel zum Frieden der ganzen Menschheit».

Daß diese Perspektiven einer Aktualität, die nachdenklich stimmen mag, entsprechen, bewies eine Kundgebung, die ebenfalls am 11. Mai in Westdeutschland stattfand. Dort demonstrierten 120 000 ehemalige Bewohner von Ostpreußen für die Rückgabe der deutschen Ostgebiete. An dieser Kundgebung sprach auch der Bundesminister für gesamtdeutsche Angelegenheiten, Jakob Kaiser. Der Minister verlangte die Rückgabe der Gebiete jenseits der Oder-Neiße-Linie, betonte jedoch, daß dies nur mit «politischen Mitteln» verwirklicht werden dürfe. Er führte aus, daß «in der kommenden Revision der Oder-Neiße-Regelung auch die ostpreussischen Küstengebiete einschließlich der Stadt Königsberg einbegriffen werden müßten».

So glauben wir denn, daß die großen Gedanken Churchills eines Tages einen sehr realen Hintergrund bekommen werden. Fast scheint es, als wollte der große Staatsmann Englands mit seiner Perspektive jener großen potentiellen Gefahr Europas vorbeugen, welche in dem deutschen Revisionismus liegt. Gerade in diesen Tagen hat die Statistik jene grauenhafte Zahl veröffentlicht, wonach der zweite Weltkrieg 55 Millionen Menschenleben gekostet hat und 35 Millionen Verletzte zurückließ. Es steht zu hoffen, daß wenigstens diese Zahlen den Anhängern der Kreuzzugs-idee zu denken geben werden.

Jann v. Sprecher

Bericht aus Paris

Die Gemeindewahlen

haben zu einem eindeutigen Sieg der Gemäßigten geführt. Obwohl solche Wahlen im Prinzip keinen politischen Charakter tragen, hat der durch den Sieg der Gaulisten von 1947 geschaffene Präzedenzfall sie mit einer ihnen früher nicht zustehenden repräsentativen Bedeutung versehen. MRP und Sozialisten behaupten beide ihre Positionen. Die kommunistische Partei hingegen, auch wenn sie in den Arbeiterstädten neue Sitze gewann und im Seinedepartement den bisherigen Bestand beibehielt, befindet sich in der Provinz — Norden und Pas-de-Calais ausgenommen — bedenklich im Rückgang. Allem Anschein nach ist es Malenkows Friedens-tauben nicht geglückt, die von den brüskten Wendungen der sowjetischen Politik enttäuschten Massen wieder zu gewinnen. Mit dem Verlust einer beachtlichen Anzahl von Mairien entgleitet den Kommunisten auch ein Druckmittel erster Güte auf Handwerkerschaft und Kleinhandel. Die relative Schlappe wird fühlbare Auswirkungen haben. Immerhin darf man nicht übersehen, daß die kommunistische Partei Frankreichs ein fester Block bleibt und dieses trotz der Krise in ihrer Leitung, die Maurice Thorez zu seiner überstürzten Rückkehr veranlaßt hat. Entgegen

der allgemeinen Erwartung hat Thorez seine für den 1. Mai angekündigte Rede nicht gehalten; das Geheimnis, das die Person des Generalsekretärs der Partei umgibt, bleibt somit weiter bestehen.

Der große Verlierer bei diesen Wahlen ist fraglos das RPF.

General de Gaulle existiert als politischer Faktor praktisch nicht mehr.

Ihn hat der ruhige und weise Mann Antoine Pinay gestürzt, der damit zu einem der bedeutendsten Führer im Parlament wird. Die Leser der Monatshefte werden sich erinnern, daß wir in unseren Berichten wiederholt betont haben, wie weitgehend die Wählerschaft trotz den Angriffen, denen der gewesene Ministerpräsident in der Nationalversammlung ausgesetzt war, mit dem Experiment Pinay einig ging. Die Volksbefragung hat von neuem den Wunsch des Landes nach einer Politik des Abbaus, einer Sparpolitik, einer deflationistischen Politik bestätigt, so wie die vorherige Regierung sie mit Erfolg betrieben hatte. Daß diese Politik am Widerstand mächtiger, Privatinteressen dienender wirtschaftlicher und finanzieller Feudalgewalten scheiterte, ist ein bedenkliches Zeichen unserer Zeit. Eine stabile Währung, gesunde Finanzen waren doch der Anfang der Weisheit. Es darf niemanden wundern, wenn diese letzten Wahlresultate früher oder später auf dem Gebiete der allgemeinen Politik eine den Wünschen der Mehrheit entsprechende Reaktion zeitigen werden.

Indes sich die Anzeichen einer inneren Krise häufen und das Kabinett Mayer gefährden, gewinnen die besonders bei den Sozialisten zahlreichen Anhänger des Gedankens einer Internationalisierung des indochinesischen Konfliktes ständig an Boden. Die überseeischen Besitzungen laufen damit Gefahr, in Zukunft Schiedssprüchen ausgesetzt zu sein, welche die Aufgabe der für diese Territorien verantwortlichen Regierung erschweren.

Hinsichtlich des Planes einer Neuordnung der Finanzen deutet alles auf die üblichen ausgabenbeschränkenden Kompromisse hin: Beschneidung der Kredite, Erhöhung der Tarife und Steuern — wobei zur Vermeidung parlamentarischer Opposition die unbeliebtesten Maßnahmen mittels Dekreten durchgesetzt werden sollen.

Obwohl Moskau bis heute, abgesehen von Worten, noch keinen entscheidenden Beweis seines guten Willens erbracht hat, haben sich gewisse Kreise dennoch dazu entschlossen,

die sowjetische «Friedensoffensive»

ernst zu nehmen, die Foster Dulles lieber eine «Friedensdefensive» nennt. Einige milde Worte Malenkows, die freilich den Überfall des Vietminh auf Laos nicht verhindert haben, genügten, um alsobald die westlichen politischen Sphären beim Gedanken an die Möglichkeit einer Annäherung zwischen Ost und West in Erregung zu versetzen. Die entfesselte neutralistische Presse triumphierte und beeilte sich, Ratschläge zur Schonung der Herren des Kremls zu erteilen, Ermahnungen, sie vor allem nicht mit unangebrachter Betonung der atlantischen Solidarität zu verletzen. Die Öffentlichkeit aber, von den wiederholten Angriffen der vielgelesenen Abendzeitung «Le Monde» auf Amerika verwirrt oder empört über sie, hat das dunkle Gefühl von etwas Neuem, das im Werden ist und über dessen Sinn erst die Zukunft sie aufklären wird. Die Regierungskreise verhalten sich aufmerksam und gleichzeitig reserviert. Sie schließen sich gerne Herrn Churchills Meinung an, man habe alle Ursache, die Kundgebungen Moskaus mit Interesse zu verfolgen, dürfe dabei jedoch nicht versäumen, das Nötige vorzukehren, damit die Völker sich von ihnen nicht blenden lassen. Auch die klugen Worte werden beachtet, die Georges Bidault bei Eröffnung des Rates der Nato sprach: «Wir dürfen

unsere Haltung erst ändern, wenn wir eine aufrichtige und ausgesprochene Schwenkung Rußlands feststellen können».

Die Politik Amerikas, wie sie sich seit der magistralen Rede des Präsidenten Eisenhower deutlich abzeichnet, wurde von allen denen äußerst günstig aufgenommen, die, ohne an eine Bekehrung der Sowjets zu glauben, dennoch die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen zur USSR wünschen. Nicht allein die große Presse, — auch viele einflußreiche Politiker hatten einen Rückfall in den amerikanischen Isolationismus befürchtet. Der kalte Krieg beutete diese Stimmung zu Amerikas Ungunsten aus, und dieses war nun gleichsam des Wortbruches angeklagt. Nun aber gibt das Zwiegespräch Malenkow-Eisenhower der These, die eine französische Politik ohne enge Zusammenarbeit mit dem Osten für unvorstellbar hält, Kraft und Autorität zurück, dieser These aller jener, welche seit dem 1944 in Moskau unterzeichneten Beistandspakt gewissermaßen das Heimweh nach Rußland mit sich tragen.

Frankreichs öffentliche Meinung verfolgt gespannt das Schicksal der chinesischen Initiative zur

Beendigung des Koreakonfliktes.

Sie argwöhnt aber mit Recht, daß zwischen den koreanischen Besprechungen und der Uberrumpelung des Laos engere Beziehungen bestehen könnten. Wenn die Vietminh die Grenze an zwei Stellen überschritten haben, so bedeutet das zweifellos, daß China aus einem Erfolge der Vietminh größere Chancen für seine künftigen Verhandlungen erhofft. Das ist zum mindesten die Ansicht des Ministers Letourneau, Hochkommissars in Indochina. In unterrichteten Kreisen nimmt man an, daß der Angriff des Laos Teil eines wohlervogenen Planes bildet, der im selben Augenblick reifte, in dem Moskaus anscheinend versöhnliche Absichten die internationale Atmosphäre zu klären begannen. Will das aber heißen, daß der Vietminh seine bisherigen Ziele aufgegeben habe? Nichts ist ungewisser als dieses. Er scheint im Gegenteil sehr deutlich bestimmte Zwecke zu verfolgen, scheint die Errichtung eines asiatischen Großstaates ins Auge zu fassen, welcher Thailand, Laos, einen Teil von Kambodscha, Teile Burmas und Siams, mit einem Wort: Südostasien umfassen soll. Unter diesen Umständen verdient die politische Weitsicht des Präsidenten Eisenhower Bewunderung; wohlweislich hat er in seiner Antwort an Moskau vermieden, auf die zynischen Doppeldeutigkeiten der Sowjetpolitik anzuspielen. Allein wie sollte man sich über das — obendrein geglückte — Wagstück des Kremls nicht wundern, die Offensive gegen das Laos in einem Zeitpunkte zu unternehmen, in dem er anderseits daran geht, die internationale Spannung zu lockern? Man kann den Erfolg des kalten Krieges an den beiden Tatsachen messen, daß dieser Widerspruch nicht sofort empfunden worden ist und daß seine Hauptwirkung in einem Nachlassen der moralischen Widerstandskraft des Abendlandes gegenüber den Drohungen in Asien bestanden hat. Allerdings ist es nicht ausgeschlossen, daß der Vietminh sich im Hinblick auf einen Waffenstillstand strategische Vorteile sichern möchte, um Ho Chi Minh für allfällige Verhandlungen eine günstige Position zu verschaffen. Kurz, die freie Welt steht unter demselben Druck wie zu Stalins Zeiten. Und in Indochina trägt unter ungeheueren Opfern Frankreich die bitteren Konsequenzen ganz allein.

Unterdessen haben an der Genfer Wirtschaftskonferenz achtundachtzig Experten, beauftragt von den fünfundzwanzig europäischen Regierungen und von Washington, ihre Besprechungen über die

Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen zwischen dem Osten und dem Westen

fortgesetzt. Ein ähnlicher Versuch vom Jahre 1951 mißlang völlig. So sorgfältig auch das Geheimnis der jetzigen Unterhandlungen gewahrt wird, glaubt man dennoch zu wissen, daß die Sowjetdelegierten erhebliche bilaterale Abschlüsse zu

tätigen bestrebt sind, namentlich mit der schweizerischen Industrie. Frankreich hat seine Abkommen mit der Tschechoslowakei, mit Polen und Ungarn aufrechterhalten; zu Rumänien und Bulgarien besteht keine Bindung, da die Angelegenheit der Entschädigung der Inhaber von Anteilen der verstaatlichten Betriebe noch immer nicht geregelt ist. Was den Warenaustausch zwischen der Franc-Zone und den USSR betrifft, so befindet sich dieser in stetigem Rückgang. Das Gleiche gilt für den französisch-chinesischen Handel, der von 58 Milliarden im Jahre 1928 auf 3 Milliarden 1952 gefallen ist. Das amerikanische Embargo auf kriegswichtige Produkte (Battle Act) hat zur Versteifung dieses Zustandes beigetragen. Das ist auch der Grund für den Wunsch nach einer baldigen genaueren Qualifikation dieser Produkte, damit die Sinnwidrigkeit aufhört, nach welcher zum Beispiel die Dänen keine Schiffe für Walfischfang nach Rußland, die Franzosen keine Eisenbahnschienen nach China verkaufen können. China mit seinen unabsehbaren Bedürfnissen wäre bereit, dem Westen Märkte von so großer Aufnahmefähigkeit zu öffnen, daß die Länder des Westens ihre Wirtschaft voll beschäftigen und diese, wenn sie nur wollten, dem Frieden dienstbar machen könnten. Die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen zwischen den beiden Welten hängt also letztlich vom politischen Willen des Ostens und der wirtschaftlichen Initiative des Westens ab. Seit Eisenhowers feierlichen Ankündigungen vom 21. April zu Gunsten einer Ausdehnung des Welthandels weiß man, daß die Türe für weitere Verhandlungen offen steht.

Jean de Saint-Chamant

Militärische Umschau

Nur Kleinigkeiten?

Die Uniform ist das äußere Kennzeichen des Soldaten als Angehörigen des Heeres.

Mit großer Freude ist seinerzeit der neue, offene Waffenrock begrüßt worden. Bald sind dann die unbegreiflichen Rückenfallen verschwunden, die man sicher zum voraus hätte eliminieren können. Nun hat man aber bereits vergessen, daß man den neuen Waffenrock auch mit geschlossenem Kragen tragen kann. Dafür treten dann aber rote, gelbe, blaue und graue Pullover zum Vorschein, so daß man oft den Eindruck bekommt, man hätte Zivilisten und keine Soldaten vor sich. Das Tragen des Dolches oder Bajonettes zum Ausgang scheint ohnehin immer unmoderner zu werden. Also, wenn es schon kalt ist und wenn das Schrägband zum Aufhängen des Dolches oder gar auffällige Hosenträger getragen werden müssen, dann wollen wir doch auf den Reverskragen verzichten und mit geschlossener Uniform auftreten. Das macht ganz bestimmt einen bessern Eindruck, als wenn wir im Dienst eine Pullovermodeschau vorführen.

An der neuen Mütze trägt allerdings der Soldat keine Schuld, wir möchten jedoch wünschen, daß sie nicht eingeführt wird. Man kann sich einfach nicht dafür begeistern. Bei der Mannschaftshose hat man bestimmt nicht an den Verschleiß in langen Dienstzeiten gedacht, sonst wäre sicher der untere Teil nach alter Ordonnanz beibehalten und erst oberhalb des Knies der neue Schnitt eingeführt worden. Theorie und Praxis gehen eben nicht immer dieselben Wege. Nun, es kommt ja weniger darauf an, welche Uniform uns gegeben wird, sondern vielmehr geht es darum, wie man dieselbe trägt und wie man damit auftritt. Hier begegnet man nun tatsächlich in letzter Zeit einer nachlässigen Gleichgültigkeit unter unseren Wehrmännern, die zum energischen Eingreifen mahnt. Leider muß

man aber auch mit Bedauern feststellen, daß gerade viele Offiziere und Unteroffiziere unkorrekte Tenue und damit auch schlechte Haltung dulden. Der Rückengurt des Kaputes muß auf drei Knöpfe zugeknöpft werden, so wurde es doch in der Rekrutenschule gelehrt! Ein besonderes Kapitel bildet der Stoffgurt der Gebirgsbluse. Hier sieht man die bedenklichsten Bilder. Wenn am Einrückungstag der Gurt richtig eingeknüpft und eingehakt wird, hält dies für den ganzen Dienst an. Dann ist aber auch unsere Arbeitsuniform kleidsam. Immer wird jedoch der Stoffgurt unter dem Ledergurt getragen; auch das ist in Vergessenheit geraten.

Ich habe mir diesen Frühling die Mühe genommen, in einem ostschweizerischen Städtchen in Zivil über die Mittagszeit den Anzug der zahlreichen Soldaten zu kontrollieren, die mir begegneten. Dabei mußte ich feststellen, daß auf ungefähr 12 Mann ein einziger einigermaßen richtig angezogen war. Der Eindruck war bedenklich. Damit man mir diese Zustände nicht widerlegen kann, habe ich dann von der Bahn aus noch eine Photo der Vertreter unserer Wehrmacht am Kiosk gemacht. Das Bild braucht eigentlich keinen Kommentar mehr, denn die Kamera lügt nicht. Ich kann mir nun aber tatsächlich nicht vorstellen, wie der Zugführer und der Unteroffizier hier ihre Kontrolle machten. Es ist auch bedauerlich, daß ein junger Soldat selbst nicht mehr auf sein Äußeres gibt. Hier tut energisches Durchgreifen des gesamten Kadres not, denn der Soldat ist auch während der Freizeit der Vertreter unserer Armee. Warum muß das Bajonett immer im Büro oder im Kantonement gelassen werden? Es ist ja gerade die Eigenart des Schweizer Soldaten, daß er Waffe, Munition und Ausrüstung mit nach Hause nimmt und als Repräsentant unseres Milizheeres auch während der dienstfreien Zeit eine Waffe trägt. Das ist uralte Schweizertradition, und der Füsilier oder Motorfahrer hat nicht das Recht, diese zu brechen. Das Kader hat die Pflicht, einzuschreiten und selbst beispielgebend aufzutreten. Jeder Soldat muß doch stolz darauf sein, daß er die Waffe tragen darf. Es ist dies Ehrensache.

Überkleider gehören zur Arbeit in Küche, Magazin, Werkstätte und Garage. Wer eine Besorgung zu machen hat, zieht Waffenrock oder Bluse an, schnallt Ceinturon mit Bajonett um und erscheint so auch während der Arbeitszeit als Einzelgänger wie ein Soldat. Bei gutem Willen hat man hierfür immer Zeit. Es sind Kleinigkeiten, sie gehören aber mit zur militärischen Erziehung.

Flottes Auftreten, frische Aufmerksamkeit, korrekter Gruß und richtiger Anzug sind das Kennzeichen des Schweizer Soldaten. Trotz Tempo, Technik und Motorisierung darf hier keine Verflachung in der Auffassung eintreten oder gar geduldet werden. Im Mittelpunkt steht doch immer der Soldat, der Mann und Mensch, der durch seine Uniform und durch sein Benehmen auffällt und sich außerordentlich deutlich vom Zivilisten unterscheidet. Aber auch die Bürgerin und der Bürger sehen den Wehrmann an, und sie können oft nicht begreifen, wo die militärischen Vorgesetzten hinschauen. Jeder mache es sich zur selbstverständlichen Pflicht, an seiner Stelle zum Rechten zu sehen. Scheinbare Kleinigkeiten haben ihre große Bedeutung. Wir wollen doch offen zugeben, daß es genau den gleichen Aufwand erfordert, sich korrekt anzuziehen und es deshalb gar nicht nötig ist, dermaßen schlampig herumzulaufen, wie dies leider bei uns immer häufiger festzustellen ist. Es kann weder unserer Armee noch unserem Volke gleichgültig sein, wie der einzelne Wehrmann auftritt und welche Reklame er für sich, aber auch für seine Einheit macht. Es ist höchst bedauerlich, daß man sich früher diesbezüglich durchzusetzen vermochte und heute auf diesem Gebiet eine allgemeine Gleichgültigkeit und Nachlässigkeit Platz zu greifen droht. Jetzt ist noch Zeit, den Anfängen zu wehren. Es bedarf aber der Mitarbeit aller Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten, um diese Mißstände abzustellen. Mit Einsicht und gutem Willen ist dies möglich. Die beste Bewaffnung und Ausrüstung nützen uns nichts, wenn es am Geist und an der Auffassung beim einzelnen Wehrmann fehlt.

sch.